



## **Niederschrift**

26. Plenarsitzung des Gemeinderates  
22. Juni 2021, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

### **Punkt 17 der Tagesordnung: Fortschreibung Regionalplan 2022 - Stellungnahme der Stadt Karlsruhe**

**Vorlage: 2021/0617**

**dazu:**

**Keine Ausweisung von zusätzlichen Bauflächen im Regionalplan für Karlsruhe**

**Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, SPD**

**Vorlage: 2021/0617/1**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum Regionalplan 2022 (geändert durch Änderungsantrag GRÜNE, SPD – Vorlage 2021/0617/1) und beauftragt die Verwaltung, diese dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein zukommen zu lassen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlussvorlage: Bei 33 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 27 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Wir hatten auch im Planungsausschuss schon eine Debatte über die Tatsache, dass aus dem Regionalverband heraus viele Flächen im Regionalplan auftauchen, die im Flächennutzungsplan nicht vorgesehen sind, teilweise auch Flächen, für die sich der Gemeinderat dezidiert ausgesprochen hat, sie aus Flächenkulissen herauszunehmen. Ich glaube, es wird insgesamt deutlich, dass dies nicht in Abstimmung mit uns, sondern ein relativ selbstständiges Vorgehen des Regionalverbands ist, was aus Sicht des Regionalverbands auch erst mal ein Stück weit nachvollziehbar ist, und dass sich daraus weder Bau- noch irgendein anderes Recht ergibt.

Dennoch haben wir jetzt noch einmal die Stellungnahme der Stadtverwaltung - um die geht es heute -, noch mal komplettiert und haben Ihnen eine neue Beschlussvorlage aufgelegt, in der

wir noch einmal ausdrücklich alle Flächen benennen, die auf jeden Fall aus unserer Sicht aus dem Regionalplan heraus gehören. Wir haben auch noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass wir die vom Regionalplan ausgewiesenen Flächenkontingente gerne erhalten möchten, aber nicht in einer trennscharfen Zuordnung zu irgendeiner Fläche, sondern in einer Art Kontingentakzeptanz. So etwas ist eigentlich im Regionalplan nicht unbedingt vorgesehen. Es gibt einen Präzedenzfall mit einer ähnlichen Beschlusslage bezogen auf Stutensee im Flächennutzungsplangewerbe. Da können Sie sich vielleicht noch erinnern. Wir glauben, dass wir damit der Beschlusslage des Gemeinderats auch Genüge tun.

Vor allem haben wir noch einmal das Wettersbacher Votum aufgenommen und hier explizit in die Stellungnahme integriert. Jetzt rufe ich gleichzeitig einen interfraktionellen Änderungsantrag der GRÜNEN und der SPD auf, der mit einer etwas anderen Herangehensweise zu einem fast identischen Ergebnis führt. Wir würden dennoch dafür plädieren, die Formulierung der Stadt zu wählen, weil es noch einmal deutlich macht, dass wir hier schon, ich sage mal, die Tür stärker offen stehen lassen wollen, dass man uns diese Kontingente anerkennt, als dass wir jetzt einfach sagen, geht auf den Flächennutzungsplan und das war es. Sonst sind die inhaltlich jetzt aus meiner Sicht identisch, bis auf, ich weiß nicht, ob da kleinere Flächen noch dabei sind, wo das abweicht, aber nach meiner Wahrnehmung ist dem nicht so. Aber mir ist wichtig, dass wir vor allem eine relativ einheitliche Vorgehensweise und Sichtweise haben. Natürlich ist aus Sicht der Wirtschaftsförderung jede Fläche erst mal gut zu integrieren. Aber hier haben wir den Flächennutzungsplan gemeinsam verabschiedet. Der ist an sich die Richtschnur in diesem Bereich. Damit kommen wir zur Debatte.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Ich habe jetzt nicht nachgezählt, wie viele sich unterscheiden zwischen Ihrer und unserer Version. Aber von der Zahl her müsste es eigentlich schon einen Unterschied geben, weil wir alle Flächen ablehnen, die der Regionalverband für Karlsruhe vorgesehen hat. Ich will aber erst einmal das Vorgehen skizzieren.

Der Regionalverband will den Regionalplan aktualisieren und das normale Vorgehen ist, dass die Kreise dann ihre Wünsche einreichen. Die Stadt Karlsruhe als Kreis hat keinen Wunsch eingereicht. Dann hätte ich erwartet, dass irgendwelche kleinen Korrekturen gemacht werden, die sich ergeben aus handwerklichen Dingen, aber dass keine neuen Flächen eingetragen werden. Jetzt hat der Regionalverband einfach von sich aus Flächen eingetragen, und die Stadtverwaltung hat in ihrer Stellungnahme die handwerklichen Mängel aufgeführt - das ist alles völlig korrekt - und jetzt auch noch zusätzlich aufgenommen, dass wohl der Ortschaftsrat oder der Bürgerverein sich gewehrt haben, dass diese Flächen herausgenommen werden. Aber die Hauptaussage ist weiterhin, wir nehmen die Flächen gerne, wir müssen sie ja nicht sofort bebauen, und das ist auch richtig.

Der Gemeinderat hat anschließend immer noch die Hand drauf, ob er nun das in die weitere Planung der Stadt übernimmt oder nicht, aber damit ist eben eine Hürde weggenommen. Wenn es im Regionalplan schon drinsteht, dann ist es wahrscheinlicher, dass diese Gelände tatsächlich auch bebaut werden. Nun ist abzusehen, demnächst werden die Hürden für neue Bauflächen höher werden. Denn alle sprechen davon, dass wir das Ziel eines Flächennullwachstums haben, dass also alle mit den Flächen, den Bauflächen, die sie haben, auskommen müssen und nicht mehr weiter Grün umgewandelt wird in Bauflächen. Hintergrund ist dabei, in Baden-Württemberg werden im Moment 2.000 bis 3.000 Fußballfelder von Grünfläche pro Jahr bebaut durch Straßen oder Gebäude und was alles so dazugehört. Sie

werden versiegelt. 2.000 bis 3.000 Fußballfelderfläche, das ist eine ganze Menge und das jedes Jahr, und das muss einfach aufhören. Deshalb sollten wir jetzt nicht sagen, wir nehmen das einfach einmal, sondern wir sollten klar sagen, wir haben noch Flächen im Flächennutzungsplan 2030. Es ist nicht so, dass wir jetzt nichts mehr bauen könnten. Die großen Flächen sind in Dur-lach-Aue und in Neureut. Da haben wir noch einige Bauflächen. Wir waren eigentlich damit zufrieden als Gesamtgemeinderat. Wir hätten uns als GRÜNE sogar noch weniger gewünscht, aber das ist egal.

Den Flächennutzungsplan erkennen wir an. Aber darüber sollten wir nicht hinausgehen, sondern langsam zu diesem Flächennullwachstum hinkommen. Deshalb haben wir zusammen mit der SPD den Antrag gestellt, die Kernaussage der Stellungnahme der Verwaltung zu ändern ins Gegenteil, dass eben keine neuen Flächen außer dem Güterbahnhof, der sowieso schon versiegelt ist, reinkommen sollen.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Herr Honné, ich bin auch fertig mit Ihren Aussagen, da gibt es nicht viel hinzuzufügen. Das zeigt, was für eine Ideologie Sie wieder vertreten. Wir sind uns alle darüber einig, und das haben wir auch bewiesen als CDU-Fraktion, mit Augenmaß und mit Sorgfalt bei neuen Flächen umzugehen. Deshalb haben wir, Herr Oberbürgermeister, Sie haben es angesprochen, das letzte Mal bei der Abstimmung einige Flächen bereits herausgenommen. Dies wurde auch so umgesetzt. Wir müssen und wir dürfen nicht eine Stadt zum Stillstand bringen, und dies gilt genauso für die Flächenentwicklung. Was wir heute beschließen und was wir heute weitergeben, ist nichts anderes als ein Fenster in die Zukunft, und das müssen Sie akzeptieren. Über jede Fläche, über jede Ausweisung wird noch einmal diskutiert werden hier im Gemeinderat. Es ist doch nicht so, als würden wir morgen früh die Bagger anrollen lassen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Streuen Sie diesen Bürgern draußen in dieser Stadt keinen Sand in die Augen.

Wir sagen in aller Deutlichkeit, wir brauchen Flächen, um die Entwicklung dieser Stadt voranzutreiben, mit Maß, mit Ziel. Flächennullwachstum wird nicht funktionieren, weil es immer wieder eine Entwicklung geben wird, auf die wir reagieren müssen. Und das ist unser Ziel als Christdemokraten in dieser Stadt, gesundes Wachstum. Und bitte hören Sie endlich auf, über diese Stadt eine Glocke zu stülpen und so zu tun, als wolle man nicht mehr wachsen. Der Mensch braucht Wachstum, eine Stadt braucht Wachstum, dass wir weiter gedeihen können.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Wir sind jetzt bei Abgabe einer Stellungnahme an den Regionalverband, um den Regionalplan 2022 zu erneuern. Grundlage und die schwierige Flächendiskussion haben wir beim Flächennutzungsplan erlebt. Aber natürlich, Herr Stadtrat Ehlgötz, Sie sind jetzt hier sehr wild reingegangen, muss ich sagen, mit den Vorwürfen. Ich mache es einmal an den Rüppurrer Flächen als Beispiel klar. Das ist zum einen schon seit Ewigkeiten beim Rüppurrer Schloss eine Gemeinbedarfsfläche. Hier hat der Regionalverband einfach die Fläche ausgeweitet über eine Kleingartenanlage. Ich erinnere mich noch ganz klar, wie heiß die Diskussion hier über die Kleingartenanlage war. Oder die zweite Fläche hier in Rüppurr im Süden, Burbacher Straße. Hier haben wir einen schmalen Streifen im Flächennutzungsplan 2030 angelegt. Letztendlich hat auch der Regionalverband damals gesagt, bis zur Autobahn geht es auf jeden Fall nicht weiter. Jetzt nimmt er die Fläche großzügig hinein.

Die Stadtverwaltung ist schon im Planungsausschuss in die richtige Richtung gegangen. Der Regionalverband hat einfach Landschaftsschutzgebiete zur Bebauung vorgeschlagen, Natur-

schutzgebiete. Ich nehme es jetzt also zur Kenntnis, dass die CDU diese Flächen einfach aufheben will. Das ist dann Teil der Stadtverwaltung, die sie schon von vornerein abgelehnt hat. Jetzt ist der Bürgerverein Knielingen aktiv geworden und Wettersbach. Die sind aufgenommen worden. Aber wir als SPD bleiben trotzdem bei unserem Ergänzungsantrag, dass eben genau auch dieses Nettonull in die Stellungnahme mit hineinformuliert wird.

Dementsprechend stimmen wir unserem Änderungsantrag zu und dann diesem Gesamtpaket als Stellungnahme an den Regionalverband. Ich bin gespannt, was die Planer letztlich davon übernehmen und dann tatsächlich machen. Wir sehen als Basis den Flächennutzungsplan 2030. Den werden wir mit Sicherheit gut ausfüllen können.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Der große französische Autor und Philosoph Voltaire lebte im 17. Jahrhundert. Die philosophische Strömung war, dass man in den besten aller möglichen Welten lebte. In seinem Roman Candide rügt Voltaire den Autoritätsglauben und bezweifelt diese Theorie von den besten aller möglichen Welten. Wenn man den Änderungsantrag der GRÜNEN und SPD liest, muss man sich wirklich freuen. Der Antrag macht klar, dass gerade unser gegenwärtiger Gemeinderat heute der beste Gemeinderat von allen überhaupt möglichen ist.

Der Regionalverband hat vorgeschlagen, dass unsere Nachfolger als gewählte Gemeinderatsmitglieder ein bisschen Flexibilität und Entscheidungsmöglichkeiten für Bebauung bekommen kann. Aber das müssen wir verhindern. Ein zukünftiger Gemeinderat ist bestimmt nicht so klug und gut und klarsehend wie wir. Ein zukünftiger Gemeinderat hat ganz einfach nicht unsere Weisheit. Nicht nur sind wir besser und klüger als all jeder zukünftiger Gemeinderat, wir sind auch die besten aller anderen Gemeinderäte in unserem Regionalverband. Die anderen haben noch nicht unsere Weisheit. Aber dieser selbstlobhudele Antrag endet optimistisch, aber eigentlich auch ganz frech. Nämlich hoffentlich setzt sich auch im übrigen Gebiet des Regionalverbandes die Erkenntnis durch, also unsere Erkenntnis. Als Voltaires Candide erlaube ich mir, diese einzigartige Weisheit zu bezweifeln. Wir wollen unseren Nachfolgern nicht unsere gegenwärtige Selbstsicherheit als strammes Korsett weitergeben.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Der Redebeitrag eben von Herrn Høyem war ziemlich beeindruckend. Ich hoffe, dass meine Fraktion jetzt nach wie vor bei unserer verabredeten Unterstützung für den Änderungsantrag der SPD und der GRÜNEN bleibt. Und um das vielleicht ein Stück weit noch zu untermauern, möchte ich kurz erzählen, wie das so ist im Regionalverband. Ich bin seit sieben Jahren im Planungsausschuss und im Regionalverband. Ich finde, man kann sagen, dieser Regionalplan ist eigentlich das Werkzeug, das verhindert, dass wir Baden-Württemberg zubauen, weil nämlich mit dem Regionalplan einfach Bereiche festgeschrieben werden, die jetzt nicht bebaut werden. Das heißt aber nicht, dass das jetzt so bleibt, dass wir jetzt diesen Plan festlegen und der bleibt so. Nein, das heißt, dass danach die Gemeinden kommen und Arrondierungen beantragen. Arrondierung heißt normalerweise, dass man etwas dazu nimmt, damit die Abgrenzung glatt ist. Das heißt eigentlich eine Arrondierung. Nur in dem Zusammenhang können Arrondierungen auch schon mal Auswucherungen in die Umgebung sein. Das heißt, das wird nicht so genau genommen. Das heißt, auf der Basis von dem Regionalplan, den wir jetzt festlegen, werden wir über die nächsten Jahre immer weitere, zusätzliche Flächen für das Bauen freigeben.

Abgesehen davon, dass die Darstellung vom Herrn Honné und vom Herrn Zeh aus meiner Sicht richtig war, was Sie gesagt haben, ist es durchaus sinnvoll, jetzt mit wenig oder gar keinen zusätzlichen Flächen zu starten. Bei Bedarf kann man sich noch weiter dazu holen. Das machen die anderen Gemeinden auch. Deswegen plädiere ich dafür, auch bei meiner eigenen Fraktion, den Änderungsantrag der GRÜNEN und der SPD zu unterstützen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich versuche, es kurz zu machen. Wir schließen uns den Ausführungen der GRÜNEN an und unterstützen deren Änderungsantrag. Ich glaube, dass zukünftige Generationen im Gemeinderat das wahrscheinlich sehr ähnlich sehen, denn die werden das Problem des Flächenverbrauchs noch viel größer haben als wir heute.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Ich habe jetzt etwas nicht verstanden. Ich dachte immer, wir sind eine offene, freie, eine bunte Stadt, die einen großen Anziehungscharakter auf die Bevölkerung hat. Und wir wollten auch wachsen bzw. wollten alles dafür tun, dass wir billigen Wohnraum schaffen und uns alle Optionen, jetzt spreche ich von Optionen, freihalten. Es geht hier nämlich um Optionen und die Stellungnahme der Verwaltung, auch die Ergänzung in der Stellungnahme auf den Antrag von SPD und GRÜNEN, die auch von der AfD unterstützt wird und von den LINKEN. Wir müssen nicht bebauen, wir können bebauen, aber wir haben Optionen für die Zukunft. Wir haben eine bunte Zukunft vor uns und ich denke, auch eine wachsende Zukunft. Und wir haben diese Option mit dieser Stellungnahme, die Sie geben, auch zu zeigen, dass wir eine freie und hoffentlich wachsende Stadt sind. Denn wir werden nicht umsonst das Thema Wohnraum, und wir hatten ja auch heute schon die Wohnraumakquise, immer wieder ziehen müssen. Ich erinnere mich daran, dass zumindest in der Kommunalwahl in allen Parteiprogrammen das Thema billiger Wohnraum und die Schaffung von Wohnraum war. Und deshalb wollen wir die Option und auch den Antrag der Stadt ziehen, damit wir uns in Zukunft alle Möglichkeiten offen halten. Das heißt nicht, dass die Bagger kommen, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, gesagt haben. Aber wenn wir Wohnraum brauchen, dann können wir diese Option ziehen. Andersrum, wenn ich nicht will, dass unsere Stadt wächst, dann müssten wir den Ergänzungsantrag der GRÜNEN und der SPD mitunterstützen, können wir jetzt aber leider nicht mehr.

**Stadtrat Müller (CDU):** Ich glaube schon, dass Sie vonseiten der SPD und auch der GRÜNEN verstanden haben, wobei es im Regionalplan eigentlich geht. Gerade allen voran Sie, Herr Kollege Zeh, sollten es wissen, und ich weiß, Sie wissen es auch. Sie wissen es besser, als Sie es hier kundtun. Und wissen Sie, was mich eigentlich fortlaufend immer so ein bisschen fast schon nervt, ist immer diese Debatte um dieses Gespräch von wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, wir wollen sozialen Wohnungsbau fördern. Das werden Sie aber nicht hinbekommen mit einer Milieuschutzsatzung. Das werden Sie aber auch nicht hinbekommen mit einer punktuellen Nachverdichtung. Nein, das werden Sie nicht hinbekommen. Dann verabschieden Sie sich doch einfach von einem sozialen Wohnungsbau. Verabschieden Sie sich von dem Mantra, was Sie hier immer auflegen von einem bezahlbaren Wohnraum. Beileibe, ich kann es nicht mehr hören. Lassen Sie es doch einfach dann bleiben.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Dem Kollegen Müller muss ich jetzt doch widersprechen. Hier geht es nicht um Flächen bis 2030. Wir brauchen ein Bevölkerungswachstum bis 2030. Hier will man natürlich nur mit den Flächen, die im Flächennutzungsplan 2030 sind, bis 2030 auch Wohnraum schaffen. Dieser Regionalplan gilt sicherlich später als 2030 als Option und das, bitte, nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis, Herr Müller.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen jetzt zu den Anträgen. Da gibt es einen von SPD und GRÜNE, und den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen und wird jetzt in die Stellungnahme der Verwaltung aufgenommen.

Damit stimmen wir über die so veränderte Stellungnahme der Verwaltung ab. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
15. Juli 2021